

keit will die Partei künftig Friedensmanifestationen mit den Massenorganisationen und anderen Parteien des Landes, einschließlich bürgerlicher Oppositionsparteien, widmen.

Bei der Bewertung der Lage im Lande kamen die Delegierten des XIV. Parteitages zu dem Schluß, daß die Regierung - im Gegensatz zu ihren anerkannten Leistungen für die Stärkung der Kräfte des Friedens in der Welt - auf innenpolitischem Gebiet ihren Aufgaben nicht gerecht

Für einen spürbaren sozialen Fortschritt

Verwiesen wird auf die systematische Kürzung sogenannter Anti-Armutsprogramme, obwohl die Analphabetenrate noch immer über 50 Prozent liegt, viele Dörfer über kein Trinkwasser verfügen und Dürreperioden infolge fehlender Bewässerung dem Volk große Not bringen. Nicht zuletzt führten die ungleichen Bedingungen der Regionen und ethnisch-nationalen Gruppen des Landes zu Differenzierungen, die den Nährboden für das immer stärkere Aufkommen separatistischer, terroristischer und fundamentalistischer Kräfte bilden. Insbesondere der Kommunalismus als spezifische Form der Durchsetzung politischer Ziele unter dem Deckmantel religiöser Bewegungen habe in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, das die Einheit und Unabhängigkeit des Landes gefährde.

Diese Situation und nicht zuletzt auch die Tatsache, daß sich der Indische Nationalkongreß (I) - die Regierungspartei - als anfällig für Korruption und innerparteiliche Zwistigkeiten erwiesen habe, würden einen Wechsel in der Führung des Landes erfordern. Für eine * grundsätzliche Veränderung der Lage im Lande bestünden aber gegenwärtig noch keine Voraussetzungen.

Als wichtigen Schritt auf diesem Wege erachte die Partei deshalb die Bildung einer Regierung auf linker, demokratischer und säku-

wurde. Der Parteitag verwies darauf, daß sich auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung des Landes die Widersprüche zwischen arm und reich nicht gemildert, sondern verschärft haben. Das Land befinde sich in einer politischen und ökonomischen Krise. Konzessionen gegenüber einheimischen Monopolen und eine Öffnung des Landes für transnationale Konzerne verstärken die Arbeitslosigkeit, verschärfen die Inflation und beschleunigen Preissteigerungen.

lärer Grundlage, in der linke wie auch in Opposition zur gegenwärtigen Regierung stehende bürgerliche Kräfte mitwirken sollten, soweit sie bereit seien, eine Politik im Interesse der Werktätigen im Rahmen des bestehenden Systems mitzutragen. Grundlage dafür müsse ein Programm mit klaren antifeudalen, antiimperialistischen und säkularen Aussagen sein. In der Politischen Resolution des Parteitages wird dafür ein 21-Punkte-Komplex aufgeführt. Dazu gehören unter anderem der Kampf für Frieden und nationale Sicherheit, die Selbstversorgung des Landes, Bodenreformen, Stärkung des Staatssektors der Wirtschaft, Kampf gegen Kommunalismus, Terrorismus und Separatismus, Gleichheit der Nationalitäten und ethnischen Gruppen sowie ihrer Sprachen, Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.

Angesichts dieser Ziele nahm auf dem Parteitag die Diskussion über das Verhältnis der KPI zu anderen politischen Parteien des Landes, insbesondere zu den bürgerlichen Parteien, breiten Raum ein. Nach gründlicher Beratung teilweise kontroverser Standpunkte kamen die Delegierten überein, die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit diesen Parteien zu nutzen, zugleich aber gegen volksfeindliche Tendenzen in deren Politik vorzugehen.

In diesem Zusammenhang demonstrierte der XIV. Parteitag der KPI auch die Bereitschaft der Partei, unterschiedene Schritte zur Stärkung der Einheit der kommunistischen Bewegung Indiens zu unternehmen. Vor allem an die 465 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch) gewandt, appellierten die Delegierten, die Erfahrungen gemeinsamer Aktivitäten, wie Demonstrationen und Streiks, zu nutzen.

Nach Einschätzung der KPI seien die Grundlagen für die Festigung der Einheit der Kommunisten gegeben, da die KPI (M) seit 1979 bestimmte Positionen zu internationalen Fragen revidierte. Die Einheit der Aktionen werde nach Meinung der KPI zur weiteren Annäherung der Kommunisten Indiens und zur Schaffung eines engen Bündnisses mit allen Linkskräften des Landes führen. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse ihres XIV. Parteitages sehen die Delegierten die weitere qualitative und quantitative Stärkung der Reihen ihrer Partei an. Ihr sei es gelungen, ihren Einfluß in den hindusprachigen Gebieten des Landes zu erweitern. In anderen Gebieten dagegen seien die Ziele nicht erreicht worden, so daß sich die Anzahl der Mitglieder um 24000 verringert habe. Besondere Aufmerksamkeit will die Partei künftig der Gewinnung von Frauen und Studenten, der Entwicklung von Parteischulen und der Herausgabe von Parteizeitungen in mehreren der 15 offiziellen Landessprachen widmen.

Der XIV. Parteitag der KPI ist mit einer Großkundgebung in Kalkutta abgeschlossen worden, an der 500000 Menschen teilnahmen. Das war zugleich der Auftakt zur Mobilisierung der Mitglieder für die Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse.